

Kommissionsdrucksache

(14.01.2013)

Inhalt

**Stellungnahme des Landesseniorenbeirates M-V e. V.
zur Grundlagenexpertise „Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-
Vorpommern heute“**

zu TOP 1 der 7. Sitzung am 18. Januar 2013

*Bewertung der Kommissionsdrucksache 6-7 Studie zur
„Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern heute“
durch den Landessenorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.*

1. Allgemeines:

Die Studie ist in ihrem Zahlenmaterial eine selektive Zusammenfassung von bisherigen Untersuchungen der verschiedensten Institute und Organisationen. Die einzelnen beschriebenen Komplexe werden in einem „Fazit“ bewertet. Hier erkennen wir in mehreren Punkten Unterschiede zur Auffassung des Landessenorenbeirates.

Im folgenden Punkt dazu einige konkrete Beispiele

2. Konkretes

-Seite 8 letzter Absatz, letzter Satz:

„bedarf das Aktive Altersbild weiterer kritischer Würdigung“
ersetzen durch

„bedarf das aktive Altersbild einer **differenzierten** Würdigung“

-Seite 9 1. Absatz , 6. Zeile:

„So stellt sich angesichts der Zunahme von Hochaltrigkeit und Demenz in unserer Gesellschaft die Frage der Überführung des aktiven Altersbildes in ein Altersbild bei Krankheit und Demenz.“

ersetzen durch:

..*die Frage der Akzeptanz eines Altersbildes bei Krankheit und Demenz neben dem des aktiven Alterns*

S. 29/30

In der EU-Statistik gelten gemäß den Laeken-Indikatoren Personen, die weniger als 60% des Medians des Netto-Äquivalenzeinkommens zur Verfügung haben, als armutsgefährdet (Krause/Ritz, 2006,154 ff.). In Deutschland lag diese Grenze im Jahr 2011 bei 952 €. Deshalb ist die Grenze von 900 bis 1500 Euro willkürlich und keine Aussage zur Armutsgefährdung. Es bleibt die Frage offen: Wie viele Personen fallen davon auch unter die 952,00 €? Wie viel der 44% liegen nun tatsächlich näher 900 und wie viel näher 1500 €. Das ist unserer Meinung nach eine wichtige Aussage für sachkundige Entscheidungen der Enquete-Kommission

Seite 30, Abb. 11

Derzeit verfügen 12,9 % der Haushalte (65+) über weniger als 900 Euro.
und 20,8 % der Haushalte (55-64) über weniger als 900 Euro

Interpretation durch den Landessenorenbeirat:

Diese Zahlen bestätigen die Diskussion zur derzeitigen und zukünftigen Einkommenssituation von Rentnerhaushalten. In der jetzigen Rentnergeneration haben die meisten noch eine ununterbrochene Erwerbsbiographie aufzuweisen.

Arbeitslosigkeit und/oder geringe Einkommen der jetzt 55-64-Jährigen werden auch geringere Rentenansprüche zur Folge haben.

Vermögen

38 % der Rentnerhaushalte verfügen über Haus- und Grundbesitz

90 % der Rentnerhaushalte (65-79) verfügen über Vermögen

84 % der Rentnerhaushalte (70 –74) verfügen über Vermögen

Interpretation durch den Landesseniorenbeirat:

Der überwiegende Teil der Rentner erreicht die Armutsschwellengrenze nicht, wohl aber etwa 10 %. Dies steht in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des neuen Armutsatlases des Paritätischen vom Dez. 2012 (Zahlenmaterial 2011)

Seite 31

„So ist der Anteil der Rentnerhaushalte an allen Haushalten mit Haus- und Grundbesitz mit 30% deutlich höher als jener der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte, der 24% bzw. 23% ausmacht. Ähnlich verhält es sich mit dem Geldvermögen. Unter den 719 Tsd. erfassten Haushalten mit Geldvermögen sind 239 Tsd. (33%) Rentnerhaushalte, aber nur 20% Arbeiter- und 25% Angestelltenhaushalte.“

Interpretation durch den Landesseniorenbeirat

Ist dies nicht logisch? Ältere haben doch auf eine Alterssicherung langfristig hingearbeitet.

Haus- und Grundbesitz sagt zu wenig aus. Was ist davon verwertbar und zu welchem Preis? Ein unverkäuflicher Bauernhof ist zwar schön als Haus- und Grundbesitz, bringt dem Eigentümer aber keine Vorteile, durch erhebliche Reparaturen sogar auch Nachteile. Hier gehen Banken und Sparkassen bei ihrer Bewertung einer Immobilie und Grundbesitz schon konkreter vor.

S. 32:

„Während in den letzten 20 Jahren eine positive Entwicklung bezüglich der ausgezahlten Altersrente beobachtet werden konnte, prognostiziert das DIW Berlin in einer Mikrosimulationsstudie (2010) vor allem für die ostdeutschen Bundesländer eine Abnahme des Rentenzahlbetrages bei den Männern um fast 50% und bei den Frauen um etwa 38%. Wir gehen hier aus zwei Gründen nicht näher darauf ein. Erstens, weil derartige Ergebnisse extrem anfällig auf Änderungen in den Annahmen sind und eine Sensitivitätsanalyse hier keinen Raum haben kann. Zweitens, weil es für die Einkommenssituation der Rentner/innen nicht allein auf den monatlichen Zahlbetrag der Rente wegen Alters ankommt, sondern auf alle bezogenen Renten“

Interpretation durch den Landesseniorenbeirat.

Deshalb besagt der Vergleich der Witwen Ost / West auf folgender Seite nichts, wenn alle im Westen üblichen Renten, Pensionen und sonstige Einkünfte außen vor bleiben. Das zeugt von Unkenntnis. Der Zahlbetrag bei Männern ist ja ersichtlich gesunken, ebenso bei Frauen.

S. 33:

„Während der Anteil der älteren Männer in MV, die von Grundsicherung leben, über den gesamten Beobachtungszeitraum auf einem konstanten Niveau von 1,2% geblieben ist, sinkt die Quote der Frauen im Jahr 2009 um 0,2 Prozentpunkte auf 1,7% (Tab. 11).

Bislang ist die Entwicklung demnach nicht Besorgnis erregend.“

Dies wirft aus Sicht des Landesseniorenbeirates folgende Fragen auf:

Was ist die Ursache? Die Schlussfolgerung erscheint uns vorschnell. In den Städten haben wir eine steigende Tendenz. Warum auf dem Land nicht?

Seite 34 Fazit letzter Absatz, 1. Satz:

„Es ist allerdings gut möglich, dass die heute Jüngeren im Alter über keine auskömmliche Rente verfügen werden“

ersetzen durch:

Ein größerer Teil der heute Jüngeren wird über keine auskömmliche Rente mehr verfügen können, wenn die Entwicklung in Richtung Absenkung des Rentenniveaus auf 43% weitergeführt wird bzw. das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren zu massiven Abschlügen führen wird. (Dies belegen auch die Zahlen der Studie)

Seite 34 letzter Absatz, letzter Satz:

„In diesem Fall ist an den Ursachen - unzureichende oder nicht am Markt orientierte Ausbildung, Teilzeitbeschäftigungen, zu geringe Lohnhöhe, geringe Anzahl an Beitragsjahren usw. anzusetzen und nicht an der später fälligen Rente.“

Die Schlussfolgerung akzeptiert der Landessenorenbeirat als langfristige Maßnahme. Für die schon jetzt durch Unterlassung o.g. notwendiger Maßnahmen Betroffenen muss es Lösungen durch Aufstockungen im Rentenbezug geben.

Seite 35 „Medizinische Versorgung“

Warum Spekulationen? Hat das Sozialministerium mit der Krankenhausbettenplanung nicht auch die Einzugsgebiete geplant? Solche Planungen der Landesregierung müssten doch beim Gutachten mit berücksichtigt werden

Die Notwendigkeit einer umfangreichen geriatrischen Versorgung findet keine Erwähnung.

Seite 39 Absatz „kulturelle und politische Teilhabe“

Die soziale Teilhabe fehlt völlig.

Auch die kulturelle und politische Teilhabe wird nur so dargestellt, dass diese von den Senioren nur passiv wahrgenommen wird. (Besuch kultureller Veranstaltungen, passives Wahlrecht) Bei der Gestaltung des demographischen Wandels ist aber eine aktive Partizipation notwendig (z. B. Seniorenbeiräte auf allen Entscheidungsebenen, Altenparlamente ..)

Seite 43 2. Absatz, letzter Satz

„ Korrelation des Bildungsstandes mit dem Ehrenamt, der Inanspruchnahme kultureller und Weiterbildungsangebote sowie mit der Offenheit zur Informationstechnik ist nicht untersucht“

Standpunkt des Landessenorenbeirates:

Eine solche Untersuchung ist auch nicht notwendig. Wir benötigen im Gemeinwesen viele Formen der Mitwirkung unabhängig vom Bildungsstand. Wichtig ist die Motivation der Bürger für ein Thema, für das man sich engagieren möchte. Die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement ist zum anderen mehrdimensional und z.B. auch abhängig von der sozialen Kompetenz und der materiellen Absicherung.

Zum anderen wird der Bildungsstand nicht nur durch den Schulabschluss bestimmt, sondern auch durch Berufsausbildung, Studium und Weiterbildung.

Die Wahlbeteiligung der Älteren als Messlatte für die politische Teilhabe zu interpretieren ist völlig unzureichend.

Seite 44, 2. Absatz

„Zwei weitere große Themen sind das Wohnumfeld und die Mobilität. Wenn rund 50% aller Gemeinden heute ohne stationäre Lebensmittelversorgung sind, so impliziert das eine gute Verkehrsanbindung dieser Gemeinden zu den Zentren, sonst würde sich die Wiedereinrichtung von Tante-Emma-Läden lohnen.“

Diese Einschätzung geht doch wohl weit an der Realität vorbei und führt Projekte der Landesregierung, wie „Die neue Dorfmitte“ ad Absurdum.

Ergebnis:

Die Aussagen der Studie sind in den genannten Punkten aus der Sicht des Landesseniorenbeirates unzutreffend. Deshalb ist das Grundlagenpapier für weitreichende Entscheidungen in der Seniorenpolitik nur bedingt geeignet.